

04.12.2012

## Antrag

**der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Generellen Ausschluss homosexueller Männer von der Blutspende aufheben  
- Homosexuelle Männer nicht unter Generalverdacht stellen -**

### I. Ausgangslage

In Deutschland herrscht immer wieder Mangel an Blutkonserven. Verbände und Wohlfahrtsorganisationen fordern deshalb die Bevölkerung regelmäßig zur freiwilligen Blutspende auf. Wenn homosexuelle Männer allerdings Blut spenden möchten, müssen sie feststellen, dass sie aufgrund einer pauschalen Regelung von der Spende ausgeschlossen werden.

Für die Herstellung und Anwendung von Blutprodukten stellt die Bundesärztekammer seit langem gemeinsam mit dem Paul-Ehrlich-Institut den allgemein anerkannten Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik in Richtlinien fest. Diese Aufgabe ist seit 1998 mit dem Transfusionsgesetz (TFG) gesetzlich übertragen. Dort heißt es in §5 (1): *„Die Zulassung zur Spendeentnahme soll nicht erfolgen, soweit und solange die spendewillige Person nach Richtlinien der Bundesärztekammer von der Spendeentnahme auszuschließen oder zurückzustellen ist.“*

Die derzeit geltenden „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Hämotherapie)“ nach §§ 12a und 18 TFG, die im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut als zuständiger Bundesoberbehörde herausgegeben werden, enthalten u. a. als Kriterium für einen Ausschluss von der Blutspende folgende Festlegung in Punkt 2.2.1:

*„Personen, deren Sexualverhalten oder Lebensumstände ein gegenüber der Allgemeinbevölkerung deutlich erhöhtes Übertragungsrisiko für durch Blut übertragbare schwere Infektionskrankheiten, wie HBV, HCV oder HIV bergen.*

*- heterosexuelle Personen mit sexuellem Risikoverhalten, z. B. Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden Partnern,*

*- Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM).“*

Die Bundesärztekammer weist ein höheres HIV-Infektionsrisiko für Homosexuelle als für Heterosexuelle nach und zählt diese Personengruppe deswegen per se zur „Risikogruppe“, die von Blutspenden ohne weitere Prüfung ausgeschlossen werden.

Datum des Originals: 04.12.2012/Ausgegeben: 04.12.2012

Ein Spender muss vor der ersten Blutentnahme bei jedem Blutspendedienst einen Fragebogen ausfüllen. Darin wird er gefragt, ob er homo- oder bisexuell sei. Beantwortet er die Frage wahrheitsgemäß, so wird er nach Hause geschickt. Schwule werden, sofern sie korrekte Angaben machen, von der Spende ausgeschlossen. Menschen werden damit aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert.

Da das Empfangen von Blutspenden mit Risiken behaftet ist, muss das Risiko einer Infektion selbstverständlich so weit als möglich minimiert werden. Unstrittig ist, dass risikobehaftetes Sexualverhalten von Blutspendern, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Auswirkungen auf die Virussicherheit der aus der entsprechenden Spende hergestellten Blutprodukte haben kann. Aus den Daten des Robert Koch Instituts lässt sich ebenfalls ableiten, dass HIV-Neuinfektionen bei MSM im Vergleich zu heterosexuellen Männern ca. 100fach häufiger sind.

Dennoch arbeiten die derzeitigen Richtlinien mit einhergehenden Unterstellungen Diskriminierungen und Pauschalverurteilungen. Bis 2010 tauchten gar heterosexuelle Personen, mit häufig wechselnden Sexualpartnern oder ungeschützten Sexualpraktiken gar nicht im Fragebogen als Risikogruppe auf, während von Schwulen und Bisexuellen eine grundsätzliche Gefahr ausginge. Promiskuität wird generell vorausgesetzt, monogame Partnerschaften sind scheinbar nicht denkbar. Dabei leben rund die Hälfte aller homo- bzw. bisexuellen Männer in einer festen Partnerschaft ohne ständig wechselnde Sexpartner.

Die Gefahr sich in Deutschland bei einer Bluttransfusion mit HIV zu infizieren, liegt bei 1 zu 4,3 Millionen. Von 2000 bis 2010 sind fünf HIV-Infektionen durch Blutprodukte in Deutschland aufgetreten, zwei davon durch Männer, die sexuellen Kontakt zu Männern hatten. Blutspenden werden in Deutschland durch neueste Verfahren (PCR) getestet, so dass z.B. HIV-Infektionen fast ausgeschlossen werden können, der Status quo lässt sich angesichts der verbesserten Tests nicht mehr rechtfertigen.

Im August 2011 hat gar der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik John Dalli erklärt, dass der generelle Ausschluss schwuler und bisexueller Männer mit dem EU-Recht unvereinbar sei. Denn: Sexuelles Verhalten dürfe nicht mit sexueller Orientierung gleichgesetzt werden.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

Es bedarf ohne Zweifel der größtmöglichen Sicherheit für alle Blutspenden. Dennoch stellt der undifferenzierte bzw. pauschale Ausschluss von MSM von der Blutspende homo- und bisexuelle Männer unter Generalverdacht einer möglichen HIV-Erkrankung, verstärkt Vorurteile und ist daher grob diskriminierend. Es ist diskriminierend, dass sexuelle Präferenzen darüber entscheiden, ob Blut gespendet werden darf oder nicht. Dass homo- bzw. bisexuelle Männer aufgrund sexueller Orientierung pauschal von der Spende ausgeschlossen, also genauso bewertet werden wie Heterosexuelle mit Risikoverhalten, bedeutet Diskriminierung.

Es wäre wichtiger, alle Blut- und Plasmaspender nicht nach Risikogruppen, sondern explizit nach dem Risikoverhalten zu fragen.

**III. Der Landtag beschließt:**

Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken,

- 1) dass es nicht von der sexuellen Orientierung abhängen darf, ob ein Spender in Frage kommt, sondern vom individuellen Risikoverhalten.
- 2) die bestehende Blutspende-Regelung, wonach homosexuelle Männer grundsätzlich von einer lebensrettenden Blutspende ausgeschlossen werden, aufzuheben.
- 3) den Generalverdacht über homosexuelle Männer zu beenden und eine diskriminierungsfreie Regelung zu schaffen, in der statt der sexuellen Orientierung das Risikoverhalten bei Spenden abgefragt wird und gegebenenfalls zum Ausschluss führt.

Norbert Römer  
Marc Herter  
Britta Altenkamp  
Gerda Kieninger  
Michael Scheffler

und Fraktion

Reiner Priggen  
Sigrid Beer  
Verena Schäffer  
Josefine Paul  
Arif Ünal

und Fraktion